

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 36 (1944)
Heft: 4

Artikel: Mehr Politik oder mehr Wirtschaft nach dem Kriege?
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-353150>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 14.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

GEWERKSCHAFTLICHE RUNDSCHAU

FÜR DIE SCHWEIZ

*Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Beilage „Bildungsarbeit“, Mitteilungsblatt der Schweiz. Arbeiterbildungszentrale*

No. 4

April 1944

36. Jahrgang

Mehr Politik oder mehr Wirtschaft nach dem Kriege?

(Völkerbund und Internationales Arbeitsamt.)

I.

Wenn die nach dem letzten Kriege auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet gemachten Fehler nicht wiederholt werden sollen, so müssen sie zunächst klar erkannt werden. Es sind mannigfache Fehler: Fehler, die die führenden Staaten gesamthaft gemacht haben, Fehler von und gegenüber Gruppen von Staaten (Balkan, Baltikum usw.), individuelle falsche Einstellung der einzelnen Staaten in ihrer nationalen Politik und Wirtschaft.

Da bei der Beurteilung dieser Fehler höchste Objektivität und mannigfaches Verständnis erforderlich sind, da man ferner den einzelnen Staaten und Gruppen nur gerecht werden kann, wenn man gleichzeitig national zu sehen und zu begreifen sowie international zu denken vermag, gibt es nur wenige Zeitgenossen, die gleichzeitig die nötige Kenntnis der Einzelheiten haben und doch den Ueberblick über das Ganze nicht verlieren.

Zu diesen wenigen gehört Harold Butler, der jahrelang in leitender Stelle im Internationalen Arbeitsamt (IAA.) tätig war und kurz vor dem Kriege sein Leiter wurde. Dass er, trotzdem es « sehr gegen seinen Willen war », von seiner Stelle zurücktrat, da er in einer Personalfrage dem rücksichtslosen Druck einer der führenden Regierungen nicht nachgeben wollte, zeichnet den Mann und seinen Charakter. Dieser kommt auch dem im Europa-Verlag in Zürich als Sonderausgabe für die Schweiz herausgekommenen Buch Butlers « Der verlorene Friede » zugute. Butler nimmt darin in keiner Weise und besonders nicht — was ihm hoch anzurechnen ist —

gegenüber seiner eigenen «*führenden Regierung*», d. h. gegenüber der englischen Regierung, ein Blatt vor den Mund. Trotzdem ist der Ton dieses Buches überlegen und sachlich. Er entspricht den allerbesten Traditionen demokratischer Staatskunst und Kultur. Einzelne Abschnitte, wie z. B. das äusserst liebevolle und feinsinnige Kapitel über Frankreich, sind auch literarisch und kunsthistorisch ein wahrer Genuss und zeugen von jenem Humanismus und jenem weltweiten Verständnis für alles Schöne und Menschliche, die zu den besten Traditionen eines guten Europäertums gehören.

Harold Butler ist kein grosser Freund jenes rein politischen Geschehens, wie es nach dem letzten Krieg den Gang der Welt bestimmte und das uns unter völliger Verkennung und Ausserachtlassung wirtschaftlicher Notwendigkeiten in den jetzigen Krieg geführt hat. Diese Einstellung darf heute besonders scharf unterstrichen werden, wo wir wieder auf dem gleichen Weg begriffen sind und vor den gleichen oder noch grösseren Gefahren stehen. Denn es ist nicht ausgeschlossen, dass viele Völker, die das Glück hatten, ihre Unabhängigkeit nicht zu verlieren oder die nach langem Leiden ihre politische Freiheit wieder erlangen und sich dann mit Recht ihrer Freiheit freuen werden, noch mehr als nach dem letzten Krieg in den Fehler verfallen werden, im Taumel dieser Freude alle andern Faktoren so sehr zu übersehen und zu vergessen, dass man glauben könnte, es sei möglich, von der Freude nationalen Bestehens und Fühlens auch wirtschaftlich leben zu können. Da das zweischneidige Schwert des «*Selbstbestimmungsrechtes der Völker*» ein «*unabdingbares*» demokratisches Prinzip ist, könnten die führenden demokratischen Mächte, die es verkündeten, mit dieser dynamischen Formel den letzten Krieg gewannen und sich redlich Mühe gaben, ihm zur Verwirklichung zu verhelfen, für sich selber vielleicht sogar mildernde Umstände geltend machen wegen der unter ihrer Duldung oder gar Leitung gemachten Versäumnisse auf wirtschaftlichem Gebiet. Würden sie diesmal in den gleichen Fehler verfallen, so würden sie allerdings eine sehr grosse Schuld auf sich laden, denn sie wissen heute, in welche Katastrophe uns diese Versäumnisse, d. h. das Fehlen wirtschaftlicher Konzeptionen, hineingeführt haben. Sie wissen, dass wir im heutigen Chaos stehen, *weil der Nationalismus bei klein und gross überall Formen annahm oder schuf, die wirtschaftlich nicht untermauert waren oder nicht untermauert werden konnten.*

Dazu ist nun in diesem Krieg auf Grund seiner neuen und aussergewöhnlichen Formen die Tatsache gekommen, dass die Verteidigung der territorialen Souveränität in Zukunft *bei weitem nicht mehr in dem Masse Sache eines einzelnen Landes und vor allem eines kleinen Landes sein kann, wie dies früher vielleicht noch ohne Ueberheblichkeit angenommen werden konnte.* Der Krieg hat Formen angenommen, die so sehr *von rein technischen und materiellen*

Möglichkeiten, von einem gewaltigen industriellen Apparat und ungeheuren finanziellen Mitteln abhängen, dass Kriege eigentlich nur noch von Ländern und Ländergruppen geführt und gewonnen werden können, die über gewaltige Mengen von Rohstoffen, Arbeitskräften, Finanzen usw. verfügen.

Wir möchten diese zwei von uns schon wiederholt hervor-gehobenen grundlegenden Erkenntnisse, d. h. die Tatsache des Ueberwiegens wirtschaftlicher Notwendigkeiten sowie der durch die neuen Kriegsformen geschaffenen anderen Gegebenheiten auf dem Gebiete der militärischen Verteidigung mit einigen einschlägigen Zitaten des Buches von Harold Butler belegen. Im Zusammenhang mit der ersteren Feststellung sagt Butler u. a.:

« Während der Prozess einer weltwirtschaftlichen Konzentration immer unwiderstehlicher wurde, dauerten die politischen Zersplitterungstendenzen weiter an. »

« In einem Zeitpunkte, in dem der Nationalismus auf wirtschaftlichem Gebiete überholt und sinnlos geworden war, wucherte er in noch nie gesehener Ueppigkeit auf politischem Felde. Dieser tiefsitzende innere Widerspruch des sozialen Lebens war die Ursache von Unruhe und Verwirrung in sehr vielen Ländern der Welt, nirgends aber so stark und drängend wie in Europa. Der Weltkrieg hatte die Tendenzen zu politischen Teilungen und Unterteilungen, die die nationalistischen Ideen des neunzehnten Jahrhunderts ausgelöst hatten, beschleunigt; weiter aber entwickelten sich daraus Bestrebungen, dem Nationalismus auch in Form wirtschaftlicher Eigenständigkeit Ausdruck zu geben, in einer Zeit, in der dies nur geschehen konnte, wenn man versuchte, gegen den gewaltigen Strom zu schwimmen, der mit unwiderstehlicher Macht zu internationaler Wirtschaftseinheit trieb. »

« Die Geschichte des Völkerbundes spiegelt die Verworrenheit der Weltsituation getreulich wider. Einerseits widersprachen seine Grundsätze den herrschenden politischen Strömungen, die in der Richtung eines strengen Nationalismus liefen. Und doch fanden eben diese Grundsätze paradoxerweise in einer Beziehung beim Völkerbund Anerkennung und Ermutigung, indem den völkischen Gefühlen und Ansprüchen von Minderheiten alle Rücksicht und Förderung zuteil wurden, und zwar nicht allein in jenen Ländern, wo sie durch die Friedensverträge rechtmässig als Minoritäten anerkannt waren, sondern auch in anderen, wo sie in der Vergangenheit nie spezielle Minderheitsrechte besessen

oder gefordert hatten. Andererseits bestand im Grunde ein deutliches Empfinden, dass trotz allem irgendeine Art internationaler Organisation unerlässlich sei. Genf bildete das Schlachtfeld für die Auseinandersetzungen zwischen allen diesen widerspruchsvollen Tendenzen und Gegensätzen. Staatsmänner, Bankiers, Industrielle, Wirtschaftspolitiker und Gewerkschaftsführer vereinigten sich dort, um ihrem festen Glauben an eine Zusammenarbeit der Nationen Ausdruck zu geben, und die meisten von ihnen meinten es ganz ehrlich und aufrichtig. Fast alle waren sie verstandesmässig davon überzeugt, dass der einzige vernünftige und erfolgversprechende Weg darin bestünde, ihre Differenzen zu überbrücken und sich zu einer gemeinsamen Politik zusammenzufinden, die nicht vom Standpunkte ihrer eigenen Sonderinteressen aus, sondern im Lichte des allgemeinen Wohles betrachtet werden müsste, von dem ihr Wohl einen Teil bildete. Aber wenn es dann galt, solche allgemeinen Grundsätze in praktischen Schritten zur Anwendung zu bringen, ergaben sich stets mannigfache Hindernisse. Das Uebergewicht der Sondererwägungen war so stark, dass es meist der niedrigste, nicht der höchste gemeinsame Nenner war, auf den man sich einigte. Die Delegierten kamen mit den besten Absichten und grossen Erwartungen zu den Sitzungen, aber meist kehrten sie mit einer sehr bescheidenen Ausbeute wieder heim. Sie sahen oft ganz deutlich, was nötig war, um die Weltwirtschaft wieder in ihr ordentliches Geleise zurückzubringen, aber es lag ausserhalb ihrer Macht, ihr Volk oder ihr Parlament zu einer Aktion zu verpflichten, die bestehende nationale Einrichtungen stören würde, oder sich populären Irrtümern zu widersetzen oder fest bestehende und geschützte innerpolitische Interessen zu verletzen.»

« Von dem Gesundheitszustande der Weltwirtschaft ist jedoch das politische Leben in weitestem Masse abhängig. Depressionen erzeugen fieberhafte Unruhen, die zu schweren Störungen anwachsen können. Soziale Ausgeglichenheit ist die erste Voraussetzung politischer Stabilität. Eine unausgeglichene Gesellschaft ist Krankheiten, wie Faschismus oder Kommunismus, ausgesetzt, und sie kann einem schweren inneren Zersetzungsprozess zum Opfer fallen, der das ganze Gefüge des Staates gefährdet. Politische Wirren lassen sich sehr oft auf soziale Unstimmigkeiten zurückführen, die meist das Ergebnis wirtschaftlicher Missstände sind. In letzter Linie jedoch hängt die politische, wirtschaftliche und soziale Sicherheit der Nationen nicht so sehr von ihrer eigenen Politik ab, als vielmehr von dem Ausmasse, in dem die gemeinsame Politik aller Nationen darauf gerichtet ist,

internationale Unruhe zu verhindern und wirtschaftliche Stabilität zu gewährleisten. »

Während sich Butler einerseits immer wieder für diese wirtschaftliche « kollektive Sicherheit » einsetzt, sagt er über die andere, die militärische :

« Die Kriegstechnik hatte sich nicht nur seit dem neunzehnten Jahrhundert gänzlich geändert, sondern sogar in dem kurzen Abschnitt der letzten zwanzig Jahre, und mit dieser Umwälzung änderten sich die strategischen Voraussetzungen, auf denen die Politik aufgebaut war. Der Krieg war nicht mehr eine Angelegenheit von Menschen und Kanonen; er war vor allem eine Angelegenheit sorgsam vorbereiteter und kostspieliger Ausrüstung geworden, die einzig und allein von einer Industriemacht ersten Ranges beschafft werden konnte. Es existierten wirklich nur vier Mächte in der Welt, die imstande waren, die Schlachtschiffe, Unterseeboote, Tanks, Flugzeuge, Kanonen, Explosivstoffe und den ganzen technischen Apparat zu erzeugen, ohne den an eine « totale » Kriegführung nicht zu denken war. Für die Fabrikation aller dieser vielfältigen Werkzeuge der Zerstörung waren eine gewaltige industrielle Leistungsfähigkeit und ungeheure wirtschaftliche Mittel notwendig. Fabrikanlagen und wissenschaftliche Laboratorien aller Art genügten nicht. Um diese mit dem nötigen Rohmaterial zu versorgen, waren Riesenmengen von Aluminium, Eisen, Kupfer, Nickel, Zinn und anderen Metallen, von Kohle, Gummi, Wolle, Holz und vor allem anderen von Oel notwendig, die sich nur ein Land mit unerschöpflichen Geldmitteln leisten konnte. Tatsächlich durften von den sechzig oder mehr Staaten der Erde nur das Britische Weltreich, Deutschland, die Vereinigten Staaten und die UdSSR. hoffen, sich gestützt auf die eigenen wirtschaftlichen Kräfte und Mittel verteidigen zu können, und wenn es einer dieser Mächte gelang, ihre industrielle Stärke durch Eroberungen entsprechend zu erweitern, konnte sie die Existenz jeder einzelnen der anderen oder aller drei zusammen bedrohen.

Die technische Entwicklung, die in einem überstürzten Tempo vor sich ging, rief mit ihren revolutionierenden Wirkungen auf dem Gebiete der Wirtschaft und der Strategie auch eine politische Revolution hervor. *Den kleinen Staaten blieb weder wirtschaftlich noch militärisch eine Aussicht, sich einer friedlichen Entwicklung zu erfreuen oder dem Unheil des Krieges zu entgehen, wenn sie dabei blieben, ihr Wirtschaftsleben und ihr Verteidigungssystem in den alten isolationalistischen Geleisen zu organisieren.* In einem zwar geringeren

aber doch zunehmenden Masse galt dies auch von England und Frankreich, Deutschland und Japan und musste sogar in kürzester Zeit für so gewaltige politische Einheiten wie die Vereinigten Staaten und die UdSSR. Geltung erlangen.»

II.

Obigen Feststellungen kann rückblickend gegenübergehalten werden, dass sich das Internationale Arbeitsamt (IAA.) in seiner Wirksamkeit vorwiegend auf sozialpolitisches Bestreben, d. h. auf Flickwerk zu beschränken hatte, dass während und nach dem letzten Kriege — im Gegensatz zu den heute allgemein erhobenen Forderungen auf «strukturelle» Aenderungen — fast nur solche Möglichkeiten und Notwendigkeiten zur Sprache standen. Dieser Tatbestand ist u. a. auch in dem von der international organisierten Arbeiterschaft der Friedenskonferenz unterbreiteten rein sozialpolitischen «Programm für die internationale Arbeitsgesetzgebung» zum Ausdruck gekommen. Das IAA. musste sich in der Zeit zwischen den beiden Kriegen mit Anspielungen darauf begnügen, dass es eigentlich nicht angeht, *für eine fortschrittliche Sozialgesetzgebung zu sorgen, ohne sich gleichzeitig darum kümmern zu können, die wirtschaftlichen bzw. finanziellen Voraussetzungen dafür zu untersuchen und vor allem zu schaffen.* Oft war das IAA. in der Zwangslage, Brunnen sozialen Labsales bauen zu müssen, ohne zu wissen oder dazu sehen zu können, dass für sie auch das nötige finanzielle Wasser vorhanden ist oder herangeführt werden kann. Aus diesem Grunde ist ein grosser Teil seiner sehr löblichen Bestrebungen auf dem Papier stehengeblieben.

Soweit wirtschaftliche und finanzielle Probleme überhaupt behandelt wurden, waren sie vor allem Hoheitsgebiet des Völkerbundes. Im Völkerbund aber wurden sie unfehlbar durch politische Erwägungen verzerrt oder verschüttet.

«Trotzdem wir», so sagt Harold Butler, «in engem Kontakt mit der wirtschaftlichen Sektion des Völkerbundes arbeiteten, liess das Ergebnis manches zu wünschen übrig. Die wirtschaftlichen wie alle «unpolitischen» Betätigungen des Völkerbundes waren bis zu einem gewissen Grade durch ihre Angliederung an den politischen Apparat beeinträchtigt. Es war viel schwieriger, heikle Fragen wie z. B. Auswanderungsprobleme, objektiv nach ihren wirtschaftlichen und sozialen Gesichtspunkten im Völkerbund zu behandeln als im Internationalen Arbeitsamt, das mit Politik nichts zu tun hatte. Mehr als einmal wurde der Vorschlag gemacht, die wirtschaftliche Sektion des Völkerbundes mit dem Internationalen Arbeitsamt zusammenzulegen und daraus eine neue Organisation zu formen, die der politischen Atmosphäre entrückt wäre. Es liesse sich sehr viel dafür sagen, aber es hätte zweifellos eine Aenderung der gan-

zen erprobten Verfassung des Völkerbundes zugunsten eines fragwürdigen Versuches bedeutet. Allgemein aber wurde zugegeben, dass es unmöglich war, wirtschaftliche und soziale Fragenkomplexe streng und genau getrennt zu halten. Sie stellten zwei verschiedene Betrachtungsweisen der gleichen Problematik — die Verbesserung menschlicher Wohlfahrt — dar, und dieses Problem war aufs engste mit der Frage von Krieg und Frieden verknüpft. Obschon gewiss nicht alle Kriege die Folge sozialer und wirtschaftlicher Ursachen sind, so ist doch der Anteil dieser Faktoren an dem Entstehen von Kriegen in der Vergangenheit eher unter- als überschätzt worden. Immer weiter greift die Erkenntnis um sich, dass Wohlstand und sozialer Fortschritt ebenso sehr Vorbedingungen wie Begleiterscheinungen des Friedens sind, eine Erkenntnis, die in allen Erfahrungen des Internationalen Arbeitsamtes ihre Bestätigung findet. »

Welche Folgerungen zieht Harold Butler aus diesen Tatbeständen? Die Erkenntnis, dass es « leichter ist, mit der wirtschaftlichen Seite der Frage zu beginnen », da sich hier manche von den Ausgangspunkten erkennen lassen, von denen aus ein Neuaufbau einsetzen kann, wird ohne Zweifel in der Zeit nach Beendigung dieses Krieges eine viel grössere Rolle spielen müssen, und wäre es nur deshalb, weil dann die wirtschaftliche Not womöglich noch grösser sein wird als nach dem letzten Kriege. Der ehemalige Direktor des IAA. setzt sich denn auch dafür ein, dass zunächst und vor allem wirtschaftliche Probleme behandelt werden und politische Endgültigkeiten — nach dem letzten Krieg wollte man es umgekehrt machen! — erst nach der Lösung oder wenigstens der Einleitung der Lösung wirtschaftlicher Notwendigkeiten geschaffen werden. Butler schreibt in diesem Zusammenhang:

« Jeder Apparat, der sich in der Ueberwindung der wirtschaftlichen Krise, die am Ende dieses Krieges über die Welt hereinbrechen muss, erfolgreich erweist, wird notwendigerweise den Keim einer neuen wirtschaftlichen Vereinigung der Nationen bilden.

Ob sich der alte wirtschaftspolitische Apparat des Völkerbundes für diese Aufgaben eignen wird, mag fraglich sein. Er war mit der politischen Struktur des Völkerbundes so enge verknüpft, dass er sich kaum wieder erneuern liesse, wenn nicht zugleich auch diese wieder hergestellt würde. Auf alle Fälle aber besteht immer noch die wirtschaftliche Sektion des Sekretariates, auf deren reiche Erfahrungen und Kenntnisse bei der Planung und Durchführung irgendeines neuen Programms kaum verzichtet werden könnte. »

Weiter heisst es:

« Wenn daher nicht allein die Wiederherstellung des wirt-

schaftlichen Gleichgewichtes, sondern auch eine fortschreitende Hebung des Lebensstandards auf dem Kontinente zum allgemeinen Ziele erhoben wird, so wird dies die Bereitwilligkeit zur Zusammenarbeit in einem solchen Masse fördern, wie dies durch einen bloss politischen Appell niemals erzielt werden könnte. Während ihre politische Programmatik die Nationen stets getrennt hat, haben sie sich, wie die kurze Geschichte des Internationalen Arbeitsamtes gezeigt hat, in ihrem gemeinsamen Wunsche nach sozialem Fortschritt immer gefunden. Der grosse Mangel der Friedensverträge von 1919 war, dass sie rein politischen Inhaltes waren und die wirtschaftlichen und sozialen Gesichtspunkte gänzlich ausser acht liessen, die doch zur Herstellung eines wirklichen Friedenszustandes so wesentlich sind. Wenn bei der nächsten Gelegenheit der Vorgang umgekehrt und das Hauptgewicht auf die soziale Neugestaltung gelegt wird, dann können die politischen Unstimmigkeiten und Schwierigkeiten bis zu einem gewissen Grade dem gemeinsamen Ziele der Wiederherstellung und Hebung der Wohlfahrt und des kulturellen Lebens in ganz Europa untergeordnet werden. An Stelle des nationalsozialistischen Begriffes einer kontinentalen Ordnung zugunsten Deutschlands würde der Begriff einer kontinentalen Ordnung zugunsten aller Völker treten. Anstatt beharrlich ihre wechselseitigen nationalen Antipathien zu pflegen, würden die Nationen unter einer gemeinsamen Idee zu gemeinsamen Aufgaben geeint werden, die unter weiser Führung Grossbritanniens und der Vereinigten Staaten ein neues und glücklicheres Kapitel der Geschichte Europas einleiten.

In der Gestaltung dieser neuen Ordnung könnte das Internationale Arbeitsamt wohl berufen sein, eine gewichtige Rolle zu spielen. Die sozialen Nöte und Bedürfnisse der Völker Europas können durch seine Vermittlung besser als durch irgendeine andere erfasst und zum Ausdruck gebracht werden, und es wird sich vielleicht als angezeigt erweisen, zu diesem Zwecke regionale Organisationen zu schaffen (wie sie auf gewerkschaftlichem Gebiet auch vom Internationalen Gewerkschaftsbund ins Auge gefasst werden, die Red.). Am Anfang wird es jedenfalls, wie ich bestimmt hoffe, seine Arbeit im Rahmen seiner gegenwärtigen Verfassung fortsetzen. Aller Wahrscheinlichkeit nach werden mit der Zeit Umstellungen notwendig sein, um den veränderten Verhältnissen einer sich ändernden Welt gerecht zu werden. Vielleicht werden künftige Erfahrungen die Erweiterung seines Wirkungskreises empfehlenswert erscheinen lassen, um es in engeren Zusammenhang mit den wirtschaftlichen Fragen zu bringen, je mehr deren Behandlung in einem internationalen Rahmen erfolgt. Wenn das Internatio-

nale Arbeitsamt aber bis auf weiteres getreu seinen bisherigen Traditionen fortarbeitet, nicht in einem konservativen starren Sinne, sondern in steter Anpassungsbereitschaft an die Ereignisse; wird es in der Lage sein, zum Aufbau der kommenden Welt Wesentliches beizutragen. »

So viel über die wirtschaftlichen Notwendigkeiten. Auch wenn sie zuerst erfasst und erledigt werden, so wird natürlich das Problem der politischen Souveränität übrig bleiben. Es wird vorwiegend eine Frage der militärischen Verteidigung sein, denn wir wollen uns allzeit darüber klar sein und es wiederholen, dass die weitestgehende wirtschaftliche Zusammenarbeit und Zusammenlegung, d. h. die Ueberwindung und Aufhebung aller Grenzen auf diesem Gebiet, keineswegs die politischen und kulturellen Grenzen und Unterschiede, die den grössten Reichtum der Welt ausmachen, auszuschliessen brauchen. Wie sich wirtschaftliche Grenzen negativ auswirken können, so tun es die politischen, kulturellen und geistigen Grenzen und Unterschiede in positivem Sinne. Wie die Dinge heute stehen und wie uns Butler und viele andere Kapazitäten dartun, stellt sich jedoch die Wahrung der politischen Souveränität letzten Endes gleich dar wie jene der wirtschaftlichen Rettung: sie ist ebenfalls nur noch in engster internationaler Zusammenarbeit möglich. Der militärischen kollektiven Sicherheit liegen die gleichen Prinzipien zugrunde wie der wirtschaftlichen kollektiven Sicherheit: die engste Zusammenarbeit! Butler sagt über die erstere:

« Wenn es nun in Zukunft keine andere Sicherheit als die kollektive gibt, wie kann eine solche erreicht werden? Von der allgemeinen Annahme ausgehend, *dass nationale Souveränität unvereinbar mit kollektiver politischer Aktivität sei, sind verschiedene Pläne für föderative Gruppierungen ausgearbeitet und vorgeschlagen worden*, denen zufolge die Nationen unter Preisgabe ihrer eigenen Entschlussfreiheit sich verpflichten sollen, sich dem Mehrheitsbeschluss einer übernationalen, aus mehreren Nationen bestehenden Körperschaft zu fügen, in welcher jede Nation nur als eine Minderheit vertreten erscheint. Es wurde vorgeschlagen, dass die friedliebenden Nationen oder die demokratischen oder alle europäischen Nationen solch eine Föderation bilden sollten. Die föderative Einheit mag ein Ideal sein, aber es liegt noch in sehr dunkler Ferne. Sie ist unvereinbar mit den Gegebenheiten des nationalen Eigenlebens, wie es heutzutage tatsächlich besteht. Dem britischen «Commonwealth» ist der Begriff des Föderalismus heute wahrscheinlich fremder als vor dreissig Jahren. Je stärker sich die britischen Dominions zu eigenen nationalen Individualitäten entwickelt haben, um

so weniger werden sie Neigung verspüren, ihre Eigenart in einer britischen Föderation verschwinden zu lassen. *Obgleich die wirtschaftliche und militärische Organisation des Britischen Reiches eine starke Ausgestaltung erfahren hat, hat sich doch keine ähnliche Tendenz einer Verdichtung des politischen Zusammenschlusses gezeigt, sondern viel eher das Gegenteil.* Die ganz eigenartige Bedeutung des britischen Beispiels besteht vielmehr in der Lehre, dass besondere Vorkehrungen für die Verteidigung und wirtschaftliche Zusammenarbeit nicht der Schaffung irgendwelcher neuer verfassungsmässiger Bindungen bedürfen. Man könnte daraus auch den Schluss ziehen, dass Länder, die nicht durch ein Treueband an eine Krone gebunden sind, die keinerlei Bande des Blutes oder der Sprache verbinden und die niemals daran gewöhnt waren, zusammen zu leben und zu arbeiten, eben noch weniger reif für einen föderativen Zusammenschluss sind als das Britische Reich. Es sei nebenbei darauf verwiesen, dass der Krieg, wenigstens für den gegenwärtigen Moment, jedenfalls jenes Gemeinschaftsgefühl zerstört hat, das die skandinavischen Völker und die Balkan-Nationen vor dem Kriege zu einer Vereinigung bewogen hat. Schweden und Norwegen sind heutzutage noch schärfer getrennt, als sie es vor zwei Jahren waren. Griechenland und Jugoslawien stehen heute nicht nur Bulgarien, sondern auch der Türkei und Rumänien wesentlich ferner als damals. *Obwohl der Krieg manche Länder einander näher brachte, hat er andere wieder leidenschaftlich voneinander getrennt.* Sogar eine teilweise Vereinigung Europas fällt heute aus dem Rahmen praktischer Politik.

Wo sind also die Ansätze für das System eines kollektiven Friedens zu suchen? Wie sollen die Nationen sich zu einer wechselseitigen Verteidigung zusammenfinden? Die Angelpunkte solcher Vereinigungen können ausschliesslich jene Länder bilden, die über hinreichende ökonomisch-finanzielle Mittel, industrielle Stärke und Arbeitskräfte verfügen, um imstande zu sein, den Frieden zu erzwingen, und die fest entschlossen sind, einen Krieg unter allen Umständen zu verhindern. Wenn man von Deutschland absieht, so bleiben nur die Vereinigten Staaten, das Britische Reich und die UdSSR. übrig, die zu dieser Kategorie von Ländern gehören. Die unmittelbar bevorstehende Zukunft wird daher von der Entschlossenheit des Britischen Reiches und Amerikas abhängen, ihre ganze Kraft zur Sicherung des Friedens einzusetzen, und es bleibt zu hoffen, dass es ihnen gelingt, auch die aufrichtige Mitarbeit Russlands zu gewinnen. Da alle diese Nationen friedfertig gesinnt sind, könnten sie die drei Grundpfeiler einer stabilen globalen Ordnung werden.»

III.

Das Buch Butlers ist ein Blick in eine uns ferne erscheinende Vergangenheit und ein Ausblick in eine wahrscheinlich nicht allzu nahe Zukunft. Wir möchten uns zum Schluss fragen, wie weit sich die Tendenzen, in denen Butler das Heil sieht, schon heute abzeichnen.

Völkerbund: Der Völkerbund ist schon vor dem Kriege völlig lahmgelegt gewesen und heute kein Faktor des Weltgeschehens mehr (dass dies nicht dem Apparat des Völkerbundes und seinem Sekretariat zur Last gelegt werden kann, deren Arbeit und Programme die Welt wahrscheinlich vor der jetzigen Katastrophe hätten retten können, sondern dass es eine Folge des Verhaltens und der Unterlassungssünden der den Völkerbund beherrschenden Regierungen ist, haben wir schon oft gesagt, und es soll auch hier wiederholt werden).

Es sind heute noch ausserhalb des politischen Rahmens einige Kommissionen des Völkerbundes tätig, so gerade Instanzen, die sich mit wirtschaftlichen Dingen zu befassen haben. Wir denken hier vor allem an die finanzielle und wirtschaftliche Organisation des Völkerbundes. In ihrem Rahmen beauftragte der Völkerbund im Jahre 1937 eine Delegation, über die Massnahmen zu berichten, die auf dem Gebiete der « Verhütung oder Milderung wirtschaftlicher Krisen » ergriffen werden könnten. Diese Delegation hat kürzlich einen Bericht herausgegeben, der sich mit der Wirtschaftspolitik in der Uebergangszeit vom Krieg zum Frieden befasst, also Nachkriegsprobleme betrifft. Dieser Bericht distanziert sich in erstaunlich hohem Masse von dem vor dem Krieg beim Völkerbund in hohem Ansehen gestandenen Bekenntnis zu einem « aufgeklärten Liberalismus ». In der Betonung der Zusammenarbeit und der dabei nötig werdenden exekutiven Massnahmen geht er allerdings lange nicht so weit wie Harold Butler. Ueberdies distanzieren sich schon jetzt gerade im Hinblick auf allerlei in dem Bericht gemachte positive Aeusserungen über die notwendige Planwirtschaft einige gewichtige Mitglieder der Kommission von dem Bericht, und zwar unter Vorwänden, die in der Zeit vor dem Kriege, wo niemand Verantwortungen übernehmen und zu positiven Vorschlägen stehen wollte, gang und gäbe waren. Die ebenso typische wie ominöse Formel dieser Kommissionsmitglieder lautet:

« Der Vorsitzende und gewisse andere Mitglieder der Delegation heissen den Bericht als Ganzes gut und betrachten ihn als einen nützlichen Beitrag zum Verständnis der von ihm behandelten Probleme. Sie müssen jedoch im Hinblick auf die offiziellen Stellungen, die sie bekleiden, feststellen, dass sie nicht mit irgendwelchen in dem Bericht vorgeschlagenen oder diskutierten Massnahmen identifiziert werden können. »

Da der Völkerbund — wenn überhaupt — in seiner alten

Form kaum wieder erstehen wird, wollen wir keine weiteren Worte mehr über ihn verlieren, hingegen verweisen wir auf das vierte Kapitel des in der Januar-Nummer 1944 der « Gewerkschaftlichen Rundschau » veröffentlichten Artikels « Europa zwischen Hammer und Amboss » (Seite 13), ferner auf den Artikel « Die Zukunft der Internationalen Organisation der Arbeit » in der März-Nummer 1943 und auf « Was kommt nach dem Kriege » in der Juni/Juli-Nummer 1942 der GR.

Wie sehr die Dinge im Fluss sind, beweist die Tatsache, dass in der in diesem Jahre in USA. einberufenen Internationalen Arbeitskonferenz gleich zu Beginn der Vorschlag in die Debatte geworfen wurde, das IAA. völlig vom Völkerbund zu trennen und auf eigene Füße zu stellen.

I n t e r n a t i o n a l e s A r b e i t s a m t (I A A .) : Nicht ganz so ungünstig liegen die Dinge beim IAA., das vor dem Kriege allerlei geleistet und auch nach Beginn des Krieges nicht zu wirken und arbeiten aufgehört hat. « Im Vergleich mit dem dornigen und mühevollen Weg des Völkerbundes », so sagt Butler u. a., « erschien die Bahn des Internationalen Arbeitsamtes ziemlich glatt. Es hatte einen unschätzbaren Vorteil aufzuweisen. Von seinem Beginne an hatte jeder, wenigstens grundsätzlich, zugegeben, dass die industriellen und sozialen Fragen, die seine Aufgaben waren, mehr als bloss nationale Angelegenheiten seien. Wie sehr auch jeder Nation ihre politischen Probleme als ihre eigenen Angelegenheiten erscheinen mochten, so konnte doch niemand leugnen, dass die wirtschaftlichen und sozialen Probleme mit denen aller anderen Nationen unlösbar verwoben seien » ... « Die sozialen Fragen waren weltumspannend, weil Industrie und Landwirtschaft weltumspannend waren. Kein Land durfte es sich erlauben, dies unbeachtet zu lassen, aber kein Land durfte hoffen, diese Fragen allein und für sich zu lösen. Diese Fragen konnten nur von einer internationalen Körperschaft behandelt werden. Diese Tatsachen waren so auf der Hand liegend, dass das Internationale Arbeitsamt sich einer allgemeinen Zustimmung erfreute, die der Völkerbund nie finden konnte. Es kam gar nicht in Frage, Deutschland auszuschalten, da es ein gewaltiger industrieller Konkurrent war. Deutschland war daher schon bei der ersten Konferenz im Jahre 1919 zugezogen worden. Als Brasilien dem Völkerbund den Rücken kehrte, blieb es doch Mitglied des Internationalen Arbeitsamtes. Das gleiche tat auch Japan für einige Jahre, und die Vereinigten Staaten füllten den Platz, der durch Deutschlands Ausscheiden frei geworden war, unter dem Einfluss Präsident Roosevelts gründlichst aus. »

Die leitenden Organe des IAA. sind heute noch intakt und treten gelegentlich zusammen. *Vor allem aber ist bemerkenswert, dass das IAA. noch mehr als früher versucht, jenen wirtschaftlichen Problemen näherzukommen, ohne deren Lösung seine Arbeit nie Bestand haben kann.* Darauf deuten vor allem die schon

vor dem Kriege vorgenommenen und seither fortgesetzten Versuche hin, aus dem beschränkten Kreis der blossen Sozialpolitik hinauszukommen und unter besonderer Berücksichtigung spezieller Interessen des Berufes ganze Wirtschaftszweige in seine Arbeit einzubeziehen. So sind z. B. Bestrebungen im Gange, in Zusammenarbeit mit den einschlägigen Organisationen Apparate zu schaffen, die sich insbesondere mit den Angelegenheiten von Industrien internationalen Charakters befassen (Transportgewerbe, Textilindustrie, Bergbau, Eisen- und Stahlindustrie).

Sonderkonferenzen in diesem Rahmen zeichnen sich dadurch als vorwiegend berufliche und wirtschaftliche Angelegenheiten aus, als sie sich paritätisch zusammensetzen (während in den allgemeinen Konferenzen des IAA. die Regierungen je zwei und die Arbeiter und Unternehmer je einen Vertreter entsenden, ist auf solchen Industriekonferenzen, soweit die speziell interessierten Länder dazu eingeladen werden, die Vertretung gewöhnlich paritätisch). Endlich ist zu erwähnen, dass sich das IAA. den Notwendigkeiten der Zeit entsprechend intensiver mit den Problemen der Landwirtschaft befasst, wobei vor der Behandlung wichtiger wirtschaftlicher Probleme wie jene der Kredite für das Bauerngewerbe und der Agrarreform nicht zurückgeschreckt wird. Die Einsicht scheint demnach allmählich durchzudringen, dass das IAA. nach dem Kriege nur bessere Existenzmöglichkeiten und Möglichkeiten der Wirksamkeit haben wird, wenn ihm komplementär (gegenseitig ergänzend) sozialpolitische und wirtschaftliche Aufgaben und Kompetenzen übertragen werden. In der gleichen Richtung gehen auch die Bestrebungen des IAA. zugunsten einer Koordinierung seiner Arbeit und jener des wirtschaftlichen und finanziellen Komitees des Völkerbundes. In dieser Weise können die Probleme geprüft werden vom Standpunkt der Notwendigkeit internationalen Wirtschaftens aus und von jenem der nationalen Bedürfnisse der einzelnen Regierungen, wie sie insbesondere im Völkerbund zum Ausdruck kommen.

Leider handelt es sich jedoch bei all diesen Bestrebungen vor allem noch um Wünsche und Ansätze. In der Praxis ist die offizielle Politik der Grossmächte auch heute noch dem IAA. nicht allzu günstig gesinnt. In seinem Jahresbericht 1943 spricht z. B. der Britische Gewerkschaftsbund — er steht mit solchen Auslassungen nicht allein! — seine grosse Enttäuschung darüber aus, dass trotz dem vom IAA. im Jahre 1941 in Neuyork ausgesprochenen Wunsch « in allen internationalen Instanzen des Wiederaufbaus keine Vertreter des IAA. anzutreffen sind ». In seiner Zeitschrift « Trade Union World » hielt sich der Internationale Gewerkschaftsbund noch im September 1943 darüber auf, dass das « Internationale Arbeitsamt absichtlich von den alliierten Regierungen von der Arbeit und Vorbereitung für die Behandlung der verschiedenen Nachkriegsprobleme ausgeschlossen wird ». In ähnlichem Geiste führt der Jahresbericht 1942/43 des Internationalen

Gewerkschaftsbundes ernste Klage darüber, dass im Rahmen des IAA. zu wenig geschehe zwecks Behandlung der Nachkriegsprobleme und dass das IAA. von seiten der von den Regierungen eingesetzten Instanzen zu wenig berücksichtigt werde. In einer Konferenz des IGB. im Mai 1943 mit dem Direktor des IAA. führte der Generalsekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes u. a. aus: « Es herrscht unter den Organisationen des Internationalen Gewerkschaftsbundes einige Besorgnis darüber, dass von den Regierungen bereits Konferenzen einberufen worden sind bzw. vorbereitet werden, so die Nahrungsmittelkonferenz, die Konferenz für die Flüchtlingshilfe und andere Tagungen (z. B. für die Währungsfrage), ohne dass weder das IAA. als solches noch Arbeitervertreter einvernommen oder eingeladen worden sind. » (Was die Unrra-Konferenz in Atlantic-City betrifft, so hat man sich schliesslich nach heftigem Drängen zur Zulassung von zwei «Beobachtern» des IAA. bequemt.)

Citrine, der Vorsitzende des Internationalen Gewerkschaftsbundes, beklagte sich bei der genannten Besprechung mit dem Direktor des IAA. darüber, dass « bis in die letzten Monate hinein viele Regierungen wenig Lust zeigten (sogar in nationalen und rein internen Angelegenheiten!), das zukünftige Vorgehen ins Auge zu fassen ». Ein belgischer Delegierter stellte fest, dass insbesondere die kleinen Länder bis jetzt in der Frage der Hilfs- und Wiederherstellungsaktionen bei den Grossmächten auf wenig Verständnis gestossen seien. Dies gelte insbesondere für Amerika, das bei weitem noch nicht das gleiche Verständnis wie das britische Volk habe in der Behandlung der Völker Europas. Dieser belgische Delegierte kam ebenfalls auf die Konferenz von Hotsprings zu sprechen und sagte in diesem Zusammenhang: « Die Belgier verfügen auf diesem Gebiet über einige der besten Sachverständigen. Ohne sich auch nur mit den Leuten in Verbindung zu setzen, die die Bedürfnisse der besetzten europäischen Länder am besten kennen, hat Präsident Roosevelt plötzlich einen Mann als Nahrungsmittelkontrolleur für die Welt ernannt, der, auch wenn er sonst tüchtig sein mag, über unsere Probleme nichts weiss und zwei Monate benötigte, um festzustellen, dass es ein Komitee britischer und alliierter Sachverständiger in London gibt, das die Frage schon seit zwei Jahren bearbeitet. »

Am Schluss der Besprechung verlangte Citrine im Namen der organisierten Arbeiterschaft einstimmig, « dass das IAA. wegen seiner dreiteiligen Zusammensetzung (Regierungen, Unternehmer und Arbeiter) sowie die nationalen und internationalen Gewerkschaftsvertreter im Hinblick auf ihre Aufgaben volle Gelegenheit erhalten müssen, *ihre Rolle zu spielen in der vorbereitenden Arbeit der Vereinten Nationen auf dem Gebiete des Wiederaufbaus nach dem Kriege, insbesondere in Fragen, die die Nahrungsmittel, die Hilfsaktionen, die wirtschaftliche Planung und die Handelsbezie-*

hungen betreffen und die Interessen der Arbeiterschaft in lebenswichtiger Weise berühren».

Es ist zu hoffen, dass die nunmehr in USA. einberufene Internationale Arbeitskonferenz eine bessere Stimmung schaffen wird. Die Möglichkeit ist gegeben, wenn die für die Tagung vorgesehene Tagesordnung gründlich behandelt und entsprechende Beschlüsse nunmehr — wir stehen im fünften Kriegsjahr! — **s c h l e u n i g s t** durchgeführt werden. Die Tagesordnung enthält folgende Punkte: 1. Zukünftige Politik, Programm und Status des IAA; 2. Empfehlungen an die Vereinten Nationen betr. die jetzige und die Nachkriegssozialpolitik; 3. Die Organisierung der Beschäftigung in der Uebergangszeit vom Krieg zum Frieden; 4. Soziale Sicherheit: Prinzipien und Probleme, die sich aus der Zeit des Krieges ergeben; 5. Mindeststand der Sozialpolitik in abhängigen Gebieten; 6. Berichte über die Durchführung von Konventionen; 7. Bericht des Direktors.

Die Regierungen dürfen national und international nicht nur von weitgehendem sozialem und wirtschaftlichem Fortschritt reden, solange sie den Sieg nicht in Reichweite glauben und deshalb alles tun müssen, um die Völker bei der Stange zu halten. Wenn nicht mehr und bessere Beweise für den ernstesten Willen zur Herbeiführung einer vernünftigen Organisation der Welt gegeben werden, können die führenden Mächte nicht mit jenen «Souveränitätsverzichtern» rechnen, die diese Organisation nötig macht. Die meisten Länder der Welt werden sich in diesem Falle mit einem gewissen Recht in jeder Beziehung mehr als je an ihre absolute Selbständigkeit und Handlungsfreiheit halten! R.

Die Rolle der Schweiz in der Geschichte des internationalen Arbeiterschutzes.

Vortrag, gehalten am 3. März 1944 im Historischen Verein des Kantons Bern, von Dr. Ed. Eichholzer.

Die Dinge, die ich hier behandeln möchte, liegen nicht sehr weit zurück; sie haben sich im 19. und 20. Jahrhundert, zum Teil erst vor wenigen Jahren begeben. Trotzdem scheint es mir, dass eine geschichtlich gehaltene Darstellung aus dem Bereiche des internationalen Arbeiterschutzes zulässig ist; denn der Beginn des gegenwärtigen Weltkrieges bedeutet hier, wie in so vielen andern Dingen, die 1939 noch im Flusse waren, eine derartig einschneidende Zäsur, ein derart deutliches Haltezeichen, dass man die bisherige Entwicklung des internationalen Arbeiterschutzes, so zeitlich wenig weit abgelegen sie auch sein mag, doch als etwas Abgeschlossenes,